

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags
an letzterem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt
„Mundstübchen“ und „Allgemeine Winzer-Zeitung“.

Anzeiger für Eltville-Oestrich

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.20
= (ohne Trägerlohn oder Postgebühren.)
= Inseratenpreis pro sechsspaltige Petitzeile 25 Pfg.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Eltville und Oestrich.

Druck und Verlag von Adam Erlenne in Oestrich und Eltville.

Zeitungssprecher No. 88

Grösste Abonnentenzahl in der
Stadt Eltville und Umgebung.

No 10

Dienstag, den 22. Januar 1918

69. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Preise für Carbid.

Wie festgestellt worden ist, werden von Kleinhandlern, die mit der Verteilung von Carbid in Mengen unter 10 Kilogramm beauftragt sind, den Verbrauchern Preise abgenommen, welche die erlaubten wesentlich übersteigen. Bei dem heutigen Grundpreise für Carbid von 86.50 Mk. für 100 Kilogramm sind Kleinhandler berechtigt, einschließlich Unkosten und Deckung ihres Verdienstes, den Verbrauchern für ein Kilogramm Carbid 1.20 Mk. ohne Verpackung in einer Packung, und 1.70 Mk. einschließlich der Packung ausser zu berechnen.

Rüdesheim a. Rh., den 13. November 1917.

Der Königliche Landrat.

Die Herren Standesbeamten in den Landgemeinden,

welche mit der Mitteilung der Zahl der im Jahre 1917 kandesamtlich gemeldeten Geburten noch im Rückstande sind, werden um baldige Mitteilung ersucht.

Rüdesheim a. Rh., den 15. Januar 1918.

Der Königliche Landrat.

Die Herren Bürgermeister des Kreises

erinnere ich an die sofortige Erledigung der Verfügung vom 18. 4. 17 betr. Mitteilung der Zahl der ausgestellten Fischereischeine. Sofern Bericht bis zum 24. d. Mts. nicht eingeht, nehme ich an, daß für das verfloßene Jahr Fehlscheine zu erstatten ist.

Rüdesheim a. Rh., den 18. Januar 1918.

Der Königliche Landrat: Wagner.

Betrifft: Obst- und Traubenweihese.

Die anfallende Obst- und Traubenweihese (Dresen, Trub) wird in diesem Jahre von dem Kriegsausfluß für Ersatzfutter, Berlin, Burggrafenstraße 11, nach Möglichkeit gesammelt und zu einem wertvollen, einheimischen Futter verarbeitet. Die frischen Hefen sollen zur Gewinnung des Alkohols und des wertvollen Weinstein, an dem die Heeresverwaltung zur Herstellung von Ersatzmitteln für das Heer und für technische Zwecke großen Bedarf hat, zunächst bestimmten, von dem Kriegsausfluß verpflichteten Brennerien zugeführt werden, und zwar folgenden:

Julius Hermann, Rüdesheim a. Rh.,
H. J. Richter, Königswinter a. Rh.,
Peter Edel, Nieder-Olm (Hessen),
Hörner u. Röhler, Nieder-Olm,
Dr. Erdmann Nachfolger, Alzey (Hessen),
Friedrich Bauer & Co., Wilmshausen (Hess.),
Emanuel Kern, Eckenborn (Hess.),
Gebr. Stumpf, Kreuznach.

Es wird dringend ersucht, die anfallenden Hefen ausschließlich an diese Brennerien zu verkaufen.

Die Feststellung der Kreise für die frischen Hefen bleibt den Vereinbarungen zwischen den Brennerien und den Heeresverwaltungen überlassen. In Kürze dürfte jedoch die Hefe unter Festsetzung bestimmter Höchstpreise beschlagnahmt werden.

Der Beauftragte der Weinstreifer-Versammlung, Herr Weinbauinspektor Carstensen, in Bacharach, und die örtlichen Vertrauensleute für den Verkauf der Weinstreifer werden in allen offenkundigen Fragen Auskunft erteilen und übernehmen auf Wunsch ausser die Vermittlung der Hebeförderung an die Brennerien.

Rüdesheim a. Rh., den 16. Januar 1918.

Der Kreisaußschuß des Rheingaukreises.

Nach den hier vorliegenden Vorratserhebungen hat ein Teil der Besitzer die Gerste, die nicht zum Verbrauch für die Selbstversorgung und als Saatgut oder zur Verfütterung freigegeben ist, bis jetzt nicht abgeliefert. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Ablieferung innerhalb der nächsten 10 Tagen bestimmt erfolgen muß und zwar an den Käufer Georg Strauss in Rüdesheim a. Rh.

Rüdesheim a. Rh., den 19. Januar 1918.

Der Kreisaußschuß des Rheingaukreises.

Sonderfrieden mit der Ukraine.

Vor Unterzeichnung des Vertrages.

* Brest-Litowsk, 20. Jan. (WZB Nichtamtlich.) Die bisherigen Verhandlungen, die zwischen den Delegationen der Mittelmächte einerseits und der ukrainischen Volksrepublik andererseits geführt worden sind, haben das Ergebnis gezeitigt, daß über die Grundlagen eines abzuschließenden Friedens-Vertrages Einigung erzielt worden ist. Mit Feststellung der wesentlichen Grundzüge des Friedensvertrages sind die Verhandlungen an einem Punkte angelangt, der es den Delegationen zur Pflicht macht, mit den heimischen verantwortlichen Stellen in Fühlung zu treten. Die Delegationen sind darüber einig, daß die hiermit notwendig werdende Ausfertigung der Verhandlung so kurz als möglich bemessen sein soll. Sie haben sich daher zugesagt, sofort nach Brest-Litowsk zurückzukehren und sind entschlossen, sodann im Rahmen der ihnen erteilten Ermächtigungen einen Friedens-Vertrag abzuschließen und zu unterzeichnen. Hiermit ist es zum ersten Male in diesem welterschütternden Kriege gelungen, die Grundlagen zur Herbeiführung des Friedenszustandes zu finden.

In Brest-Litowsk.

Keine Einigung in der Abstimmungsfrage — Der Ukraine werden Grenzen gezogen — Kaukasus- und Alandsfragen — Trotski's Reise nach Petersburg — Die Kommission tagt weiter.

Brest-Litowsk, 18. Januar.

Nach zweitägiger Pause, hervorgerufen durch eine leichte Erkrankung des Grafen Czernin, werden heute die Verhandlungen der Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen wieder aufgenommen. Nach Erledigung eines Nebenpunktes geht die Kommission auf die

Besprechung der Abstimmungsfrage

über, d. h. über die Frage, in welcher Weise die Abstimmung über die staatliche Zukunft derjenigen besetzten Gebiete erfolgen sollte, denen Rußland das Selbstbestimmungsrecht einräumt.

Deutscherseits wurde darauf hingewiesen, daß die von der russischen Delegation hierfür beantragte Volksabstimmung (Referendum) dem Entwicklungszustande der Bevölkerung dieser Gebiete nicht entspreche und daß es richtiger wäre, die in den fraglichen Territorien bestehenden Vertretungskörper durch Wahlen auf breiter Grundlage berufen zu ergänzen und zu erweitern, daß sie tatsächlich als Vertretung der gesamten Bevölkerung angesehen werden könnten.

Demgegenüber bemerkte Herr Trotski, daß die russische Delegation an ihrem Antrage festhalte, daß nur ein Referendum über die staatliche Zukunft dieser Länder entscheiden solle.

Die Grenzen der Ukraine.

Auf Einladung des Vorsitzenden legte General Hoffmann eine Karte vor, welche die betreffenden Einzeichnungen für das Gebiet zwischen der Ostsee und Brest-Litowsk enthielt. Auf die Bemerkung, daß die südlich von Brest-Litowsk liegenden Territorien in dieser Karte nicht berücksichtigt seien, da hierüber Verhandlungen mit der ukrainischen Delegation schwebten, sah sich Herr Trotski zu der Gegenerklärung veranlaßt, daß der Vorschlag der Selbstbestimmung der Ukrainer noch nicht soweit gediehen, daß die Frage der Abgrenzung zwischen Rußland und der neuen Republik bereits als durchgeführt angesehen werden könnte. Und als der Vorsitzende der österreichisch-ungarischen Delegation hier das Thema der durch die österreichisch-ungarischen Truppen besetzten Gebiete zur Sprache brachte und den Vorsitzenden der russischen Delegation um eine Aufklärung darüber ersuchte, ob die hierauf bezüglichen Verhandlungen mit der Petersburger Regierung oder, wie dies die ukrainische Delegation wünsche, nur mit dieser allein zu führen seien, erwiderte Herr Trotski, daß der ukrainischen Delegation eine einseitige und selbständige Behandlung dieser Frage nicht zugestanden werden könne. Graf Czernin befiel sich die weitere Besprechung dieser Frage bis nach der binnen kurzer Zeit zu erwartenden Klärung der Kompetenzfrage zwischen der russischen und ukrainischen Delegation vor.

Kaukasus und Alandsinseln.

Im Laufe der Besprechung vom Vormittag erfuhr Staatssekretär v. Kühlmann um eine Aufklärung über das Verhältnis des Kaukasus zur Petersburger Regierung. Hierauf gab Herr Trotski nachstehende Auskunft: „Die Kaukasus-Armee steht in vollem Umfange unter dem Befehl von Borgeleuten, die dem Räte der Volkskommissare unbedingt ergeben sind.“

Eine weitere Frage des Staatssekretärs hatte die Alandsinseln zum Gegenstande. Herr v. Kühlmann führte dabei aus, die Alandsfrage sei für Deutschland als einen der Mitunterzeichner des alten Vertrages bedeutsam. Zunächst sei die Vorfrage zu lösen, ob das Alandsproblem nach wie vor von der Petersburger Regierung behandelt werde, oder ob die jetzt von mehreren Mächten anerkannte finnische Republik international als zur Vertretung der Alandsinseln betreffenden Fragen berechtigt zu betrachten sei. Herr Trotski befiel sich eine Antwort auf diese Anregungen für später vor.

Trotski's Reise nach Petersburg.

Am Schlusse der Nachmittags-Sitzung erklärte Herr Trotski, daß er aus innerpolitischen Gründen gezwungen sei, sich für die Dauer von etwa einer Woche nach Petersburg zu begeben. Da übrigens die Kommissionsverhandlungen zur vollen Durchberatung des Verhandlungsgegenstandes in seinen Details geführt hätten, schloß er vor, die Beratungen der politischen Kommission bis zum 20. d. Mts. zu vertagen. Mit seiner Abreise gehe die Führung der russischen Delegation auf Herrn Joffe über. Seitens der Mittelmächte nahm man diese Erklärung zur Kenntnis und gab der Hoffnung Ausdruck, daß nach Rückkehr Herrn Trotski's eine volle Einigung zu erzielen sein werde.

Die wirtschaftliche Kommission, die heute unverbindliche vertrauliche Beratungen abhielt, hat ihre erste offizielle Sitzung auf morgen vormittag 11 Uhr anberaumt.

Graf Czernin über die Friedensverhandlungen.

Brest-Litowsk, 19. Jan. Am 15. d. Mts. gewährte Graf Czernin einem Pressevertreter eine Unterredung, in der er sich wie folgt äußerte: „Die Verhandlungen mit den Vertretern der Regierung von Petersburg und Kiew sind im vollen Gange. Der Verlauf ist allerdings langwierig und schwierig. Ich halte und bürge jedoch dafür, daß der Friede unferseits nicht auf Eroberungsabsichten scheitern wird. Ich nehme kein Wort von dem zurück, was ich als

das Friedensprogramm der Monarchie aufgestellt und vertreten habe. Wir wollen nicht von Rußland, weder Gebietsabtretungen noch Kriegsschadigungen. Wir wollen nur ein freundschaftliches, auf fester Grundlage beruhendes Verhältnis, das von Dauer ist und auf gegenseitigem Vertrauen ruht.“

* Auf eine Anfrage im ungarischen Abgeordnetenhaus erklärte der Ministerpräsident, daß die Regierung auf dem Standpunkt eines annexions- und kontributionslosen Friedens stehe und wies auf die betreffende Erklärung des Ministers des Auswärtigen hin. Auf diesem Standpunkte stehe jedes amtliche Organ der Monarchie, vor allem der König. Er könne nicht verhehlen, daß die Äußerungen des Fragestellers nicht zur Kräftigung dieses Standpunktes dienten, sonst hätte er nicht die Frage eines Nothbringens aufgeworfen. Unsere Friedensbestrebungen würden dadurch sehr geschwächt, daß unverantwortliche Faktoren fortwährend forderten, daß der Friede so schnell als möglich geschlossen werde. Dies könne bei den Feinden die Annahme hervorrufen, als ob diese Forderung in geschwächter Kraft begründet sei.

Bulgarische Unversicht.

Sofia, 19. Jan. Hinsichtlich der Vorgänge in Brest-Litowsk ist die öffentliche Meinung in Bulgarien ohne Unterschied der Parteien sehr unversichtlich. Die Erklärungen des Generals Hoffmann machten überall einen guten Eindruck.

Zusammentritt und Auflösung der Konstituante.

Die Finanzkrise in Rußland.

Stockholm, 19. Januar.

Gestern um 4 Uhr nachmittags ist im Zaurischen Palais die verfassunggebende Versammlung von dem Vorsitzenden des Hauptausschusses der Arbeiter, Soldaten- und Bauernräte Ewerblow eröffnet worden, der eine Erklärung des Hauptausschusses verlas.

Trotski und Lenin, die vor der Eröffnung eine längere Beratung abhielten, sind überzeugt, daß die Maximalisten in der verfassunggebenden Versammlung den Sieg davontragen werden.

Der Vorsitzende der Verfassunggebenden Versammlung.

Petersburg, 19. Jan. Die Verfassunggebende Versammlung hat Tschernoff mit 244 gegen 151 Stimmen, die auf Frau Spiridonowa fielen, zum vorläufigen Vorsitzenden gewählt.

Auflösung der Konstituante.

* Petersburg, 20. Jan. (W. B.) Meldung der Petersburger Telegraphenagentur. Nachdem die verfassunggebende Versammlung nach 1 1/2 stündiger Beratung gegen die Erklärung des ausführenden Zentralausschusses abgestimmt hatte, entfernten sich die Bolschewiki. Die verfassunggebende Versammlung wollte nicht die Art und Weise billigen, in der die Friedensverhandlungen von den Sowjetmitgliedern, die den Saal verlassen hatten, geführt wurden. Um 4 Uhr morgens wurde die Versammlung von Matrosen aufgelöst. Heute wird ein Erlass erscheinen über die Auflösung der verfassunggebenden Versammlung.

Ausschreitungen bei Eröffnung der Konstituante.

ES Petersburg, 20. Jan. Vor der Eröffnung der Konstituante griff eine maximalistische Truppe einen Aufzug des Bundes zur Verteidigung der verfassunggebenden Versammlung an. Es wurde mit Maschinengewehren geschossen und mehrere Personen getötet, darunter das Bauernauschusses-Mitglied Wagnow.

Der Hergang der entscheidenden Versammlung.

W. B. London, 20. Jan. Reuter meldet aus Petersburg vom 19. Januar: In der konstituierenden Versammlung verlas Ewerblow die Erklärung der Arbeiterrechte. Diese verlangt, daß die russische Republik der Sowjets das Privateigentum abschafft und das Eigentum der Arbeiter an ihre Arbeit und den Arbeitszwang einführt, daß die Arbeiter bewaffnet und die mäßigen Klassen entworfen werden, daß eine sozialistische Armee geschaffen und die Anleihen für ungültig erklärt werden. Die Erklärung schließt damit, daß die Macht ausschließlich den Arbeitern und Sowjets gehört. Matrosen mit Gewehren und Bajonetten bewaffnet standen in den Gängen und 2 Feldgeschütze waren am Eingang aufgestellt. Die konstituierende Versammlung beschloß mit 273 gegen 140 Stimmen die Beratung der Erklärung der Arbeiterrechte zu vertagen. Daraufhin verließen die Bolschewiki und die linksstehenden Sozialrevolutionäre den Saal. Die zurückbleibenden Sozialrevolutionäre der Rechten nahmen trotz der Drohungen der bewaffneten Matrosen in aller Eile ihre Maßnahmen, betreffend den Grund und Boden, an, sowie den Vorschlag, an die Kriegsführenden Abordnungen zu schicken, um einen Weltfrieden herzustellen.

Annulierung der Staatsschulden.

Die Goldkommission haben dem Zentralbankrat der Sowjetunion einen Antrag zur Befreiung vorgelegt, der alle Schulden im Ausland als verfassungswidrig für ungültig erklärt.

Im englischen Unterhaus gab Bonar Law bekannt, daß die Regierung den Umtausch gewisser russischer Schatzwechsel geregelt habe, falls diese notleidend werden. Es sollen dafür 3%ige englische Schatzbonds mit zwölfjähriger Laufzeit zum Barfußkauf gewährt werden. Die Summe, um die es sich handelt, beläuft sich auf 350 Millionen Mark.

Die Pariser Börsenkurse zeigen einen starken Rückgang in russischen Werten, besonders Staatsrenten. Industriewerte sind bis 50 Prozent niedriger. Bankaktien unverändert.

Obwohl die neuerliche Meldung vom russischen Staatsbankrott von Reuters stammt, scheint sie diesmal doch der Wahrheit zu entsprechen, wie die Nachrichten aus London und Paris zeigen.

Straßenkämpfe in Odessa.

London, 20. Jan. Reuter berichtet über eine in den Straßen von Odessa tobende Schlacht zwischen ukrainischen und maximalistischen Truppen. Das Gewehrfeuer dehnt sich über die ganze Stadt aus. Von der See her feuern der Kreuzer „Sinope“ und andere Schiffe.

Ausweisung eines Gesandten.

Bukarest, 19. Jan. Laut „Corriere della Sera“ ist der rumänische Gesandte in Petersburg zwar aus der Post entlassen, aber aus Rußland ausgewiesen worden. Die neutralen und die Entente-Diplomaten hätten gegen diese Unverletzung der internationalen Bestimmungen über die Verletzung der beglaubigten Diplomaten Einspruch erhoben.

Die Möglichkeit eines russisch-rumänischen Krieges.

Russische Grenze, 19. Jan. Lenin erklärte der „Pravda“ zufolge, daß man die Möglichkeit eines russisch-rumänischen Krieges ins Auge fassen müsse. Die russische Warenzufuhr nach Rumänien ist gesperrt worden. Die Blätter melden, daß große Geschütztransporte nach dem Süden gingen.

Kämpfe zwischen Russen und Rumänen.

In der Moldau sind die ersten Zusammenstöße zwischen russischen und rumänischen Truppen erfolgt. Die Lage der Russen erscheint ungünstig, da sie sich in der Gefahr befinden, vollständig eingekreist und von ihren Verbindungen abgeschnitten zu werden. Unweit Jassy soll nach in Petersburg vorliegenden Meldungen ein Kampf zwischen Russen und Rumänen im Gange sein. Beide Parteien ziehen Verstärkungen heran. Von Kischinew aus sind eine russische Infanteriebrigade und ein Artillerieregiment im Anmarsch gegen Jassy. Krylenko hat den Oberbefehl über die in der Moldau kämpfenden maximalistischen Truppen übernommen. Die bolschewistischen Verbände in der rumänischen Front verlassen in Scharen ihre Stellungen und machen den Versuch sich nach Rußland durchzuschlagen. Hierbei kam es zu blutigen Kämpfen mit rumänischen Sicherungstruppen, die die aufgelösten russischen Abteilungen abzuschneiden und zu entwaffnen versuchten.

Der Wiener Angriff auf Fürst Bülow.

Berlin, 19. Januar.

Nachdem neun Jahre lebt Fürst Bülow in der Stille, fern vom politischen Getriebe und er ist auch aus dieser Zurückhaltung nicht herausgetreten, wenn es galt, sein Wort als Staatsmann gegen herbe Kritik oder Mißverständnisse zu verteidigen. Heute ist des Reiches vierter Kanzler in aller Ruhe. Und der stille Staatsmann ist plötzlich der Mittelpunkt eines Meinungssturm geworden, der nicht heftiger toben könnte, wenn er erneut zur Reichsleitung berufen worden wäre. Was ist die Wut?

Auch heute wieder muß man sich, um den Streit um Bülow zu verstehen, an die Krisen der jüngst vergangenen Tage erinnern, in denen das Feldgeschrei der Presse, der berufenen und ungerufenen, für oder wider Bülowmann lautete. Welche Kreise im deutschen Vaterland sahen mit Bedauern, daß in dieser leidenschaftlich erregten Zeit eine staatsmännische Kraft, wie die des Fürsten Bülow, fehlen muß und es ist schließlich nicht zu verwundern, wenn sein Name immer wieder von den Gegnern genannt wird, die an seine Staatskunst glauben, ebenso wie es verständlich ist, daß seine Gegner keine Rücksicht auf die einen oder anderen Art nicht wollen, weil sie die „gepanzerte Faust“ für die Friedensverhandlungen fürchten, die der frühere Kanzler manchmal zu zeigen wußte. Das aber ist eine innerpolitische Sache, die nur innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches aufzuleben hat.

Was dem neuesten Bülowkritik eine besondere Note verleiht, ist die Tatsache, daß ein Angriff auf unseren Staatsmann aus Österreich kommt: Das Wiener „Freundenblatt“ erhebt Einspruch gegen die Möglichkeit, daß Fürst Bülow nach West-Berlin entsandt wird. Wie man nun immer zu dem ehemaligen Kanzler stehen mag, niemand wird sich damit einverstanden erklären, daß seine Absehung aus Wien kommt, von dem Organ, das gleichsam das Sprachrohr des Ministeriums des Äußeren ist. Man sollte in Wien nicht vergessen, daß es Fürst Bülow war, der dem Minister Threnthal in der bosnisch-herzegowinischen Krise das Rückgrat stärkte, und daß er es war, dessen geschickte Unterhandlung in Rom die Kriegserklärung Italiens hinausögerte, bis die Durchbruchschlacht von Tarnow-Gorlice geschlagen war. Aber abgesehen davon, auch wir enthalten uns jeder Kritik österreichischer Staatsmänner und würden nie den Versuch machen, ihre Absehung zu erzwingen oder ihre Berufung zu verhindern, unbeschadet unserer engen Bundesgenossenschaft.

N. A. S. gegen das „Freundenblatt“.

Schöffelds schreibt die Nordd. Allg. Stg. in ihrer heutigen Abendausgabe:

Wie wir hören, wird in amtlichen Kreisen der Vorstoß des Wiener „Freundenblattes“ gegen den Fürsten Bülow durchaus mißbilligt. Eine Absicht des Fürsten, dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Schwierigkeiten zu bereiten oder an seine Stelle zu treten, ist hier nicht bekannt. Sollten derartige Gerüchte von Leuten verbreitet werden, die es sich zur Aufgabe gestellt zu haben scheinen, unseren Unterhändler in West-Berlin in der öffentlichen Meinung herabzusetzen und ihm bei Erfüllung seiner schweren Aufgabe Schwierigkeiten zu bereiten, so steht fest, daß Fürst Bülow diesem Treiben fernsteht. Es ist bedauerlich, daß von der Presse des verbündeten Landes diese Angelegenheit in einer Weise behandelt worden ist,

die einer Verunsicherung in deutsche Angelegenheiten nahekommt. Es ist daher begreiflich, daß die deutsche Presse — unabhängig von ihrer Stellung zu der politischen Persönlichkeit des Fürsten Bülow — sich hiergegen wendet.

Graf Lutzburg über Caillaux.

Das „belastende“ Telegramm.

Der Vorwand zur Verhaftung Caillaux war bekanntlich ein Telegramm, das der amerikanische Staatssekretär Lansing der französischen Regierung übermittelte. Die fragliche Depesche wurde am 4. Februar 1915 vom deutschen Botschafter Grafen Bernstorff nach Berlin gerichtet und enthielt eine telegraphische Übermittlung des dortigen Gesandten Grafen Lutzburg. Wie das schwedische Telegraphenbureau mitteilt, soll die Depesche u. a. folgende Sätze enthalten:

Caillaux spricht mit Verachtung von Briand; er durchschaut vollkommen Englands Politik, er sieht im Kriege jetzt einen Kampf ums Dasein von Seiten Englands. Obgleich er viel über „die Indiskretionen und die totalitäre Politik in der Wilhelmstraße“ sprach und erklärte, daß er an die deutschen Grausamkeiten glaube, hat er im wesentlichen seinen politischen Standpunkt kaum geändert. Caillaux hob hervor, welche außerordentliche Voracht er beobachtet müsse, da die französische Regierung ihn selbst hier überwachte. Er warnt und wegen des Lobes, das unsere Zeitungen und besonders die Wiener „Neue freie Presse“ ihm erteilen, und wünschte andererseits, daß die Mittelmeer- und Marokko-Abkommen zum Ziel herabsetzender Kritik gemacht würden. Unser Lob schade seiner Stellung in Frankreich. Caillaux fürchtet Paris und ist darauf gefaßt, Jaurès Schicksal zu teilen.

Die Depesche — ihre Echtheit vorausgesetzt — beweist zweierlei: Einmal, daß Amerika schon Anfang 1915, als es noch die Welt mit seinen schwülstigen Neutralitätsversicherungen überschwemmte, flott und bieder deutsche Telegramme kassiert, und zweitens, daß Caillaux die Absichten der Pariser Kriegsbeher durchschaute. Es spricht für seinen persönlichen Mut und sein gutes Gewissen, wenn er gleichwohl nach Paris ging.

Freie Bahn der Gerechtigkeit.

Wie die Pariser Blätter melden, hat die radikal-sozialistische Kammergruppe, deren Mitglied Caillaux ist, den Beschluß gefaßt, daß es im Landesinteresse geboten erscheine, der Gerechtigkeit ungehinderten Lauf zu lassen. Die Anhänger des Verhafteten verlangen indes immer stürmischer die Veröffentlichung aller Dokumente und erklären schon jetzt, daß sie eine Verdunkelung, die etwa im Staatsinteresse liegen könnte, nicht dulden werden. Caillaux, dem im Gefängnis mancherlei Vergünstigungen gewährt werden, ist voller Zuversicht. Frau Caillaux rechnet mit ihrer Verhaftung, weil die Feinde ihres Mannes wissen, daß sie nichts unversucht lassen wird, um die Unschuld Caillaux zu beweisen.

Die Furcht vor einem — Finanzskandal.

Nach Privatmeldungen des „Berliner Tagblattes“ bildet die Hauptursache der Angriffe auf Caillaux die Furcht vor finanziellen Enthüllungen, die der ehemalige Minister machen könnte. Das französische Finanzgebäude stehe auf sehr schwachen Füßen, und es habe eine heillose Verwirrung unter der Verheimlichung der wirklichen Finanzlage Platz gegriffen. Caillaux aber sei in der Lage, die Hauptschuldigen zu nennen.

Lebhafte Artilleriekämpfe im Westen.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.

Großes Hauptquartier, 19. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Lebhafte Artilleriekämpfe im Stellungsbogen nordöstlich von Hyern, auf dem Südrfer der Scarpe und in der Gegend von Avesnes. Auch an vielen Stellen der übrigen Front, namentlich an beiden Seiten der Maas, war die Feuerstärke gesteigert. Nördlich von Bezonvaux hielten Stoßtruppen Gefangene aus den französischen Linien.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Macedonische Front. Im Cerna-Bogen lag unsere Höhenstellung nordöstlich von Baraloo tagsüber unter Artillerie- und Minenfeuer.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Zunehmende Gefechtsstärke in Flandern.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.

Großes Hauptquartier, 20. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Oftende wurde von See her beschossen. Heftige Artilleriekämpfe dauerten im Stellungsbogen nordöstlich von Hyern bis spät in die Nacht hinein an. — An beiden Seiten der Lys, am La Bassée-Kanal sowie zwischen Lens und St. Quentin hat die Gefechtsstärke zugenommen. Mit besonderer Stärke lag englisches Feuer tagsüber auf unseren Stellungen südlich von der Scarpe. — Die französische Artillerie war nur in wenigen Abschnitten lebhaft. Feuersteigerung trat zeitweilig im Maasgebiet sowie nördlich und südlich vom Rhein-Marne-Kanal ein.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

An der macedonischen und italienischen Front ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

11 feindliche Flugzeuge abgeschossen.

Mitteilung des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.

Großes Hauptquartier, 21. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Nordöstlich und östlich von Hyern sowie an der Front von Lens bis Epéhy hielt die gesteigerte Artillerietätigkeit an. Südlich von Boudhulle blieben bei Abwehr eines englischen Vorstoßes Gefangene in unserer Hand.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz. In einzelnen Abschnitten in der Champagne und zu beiden Seiten der

Maas Kampftätigkeit der Artillerien. — Nordwestlich von Meims und in den Argonnen hatten kleinere Unternehmungen unserer Erkundungsabteilungen Erfolg.

In den beiden letzten Tagen wurden 11 feindliche Flugzeuge und ein Gefeldballon abgeschossen.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Macedonische Front. Zwischen Warbar und Doiransee lebte das Artilleriefeuer zeitweilig auf. In der Strumaebene kam es mehrfach zu Vorfeldkämpfen, die für die Bulgaren erfolgreich verliefen.

Italienische Front.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Kriegslage im Westen.

* Bern, 21. Jan. In einer Pariser Meldung vom 17. Januar wurde ausgeführt, daß die Deutschen etwa 2½ Millionen Mann an der Westfront hätten, um die Offensive aufzunehmen, daß diese Zahl aber dem Angreifer nicht die für den Erfolg notwendige, zahlenmäßige Überlegenheit sichere. Dazu schreibt der Militärkritiker des „Sund“:

„Diese Meldung spiegelt nicht nur die völlige Umkehrung der strategischen Verhältnisse, sondern auch den Grundirrtum, der die Kriegsführung der Entente kennzeichnet, wieder, nämlich die mechanische Auffassung der Überlegenheit, ausgedrückt in der zahlenmäßigen Übermacht an Menschen und Material. Tatsächlich haben die Deutschen im Westen ebenso wie die Oesterreicher und Ungarn im Süden stets in der Minderzahl gekämpft und eine beschränkte numerische Überlegenheit nur zu gewisser Zeit unter bestimmten Gesichtspunkten und an besonders entscheidend gedachten Punkten entfaltet. Wenn daher heute von 2½ Mill. Kämpfern auf deutscher Seite gesprochen und beigelegt wird, daß diese Zahl, die für den Erfolg notwendige numerische Überlegenheit nicht sichere, so wird damit über das Stärkeverhältnis und die Erfolgsmöglichkeiten nicht das geringste ausgesagt. Erwählt der Angreifer die richtige Stelle, tritt er dort mit Übermacht auf und steigert er die technische Vorbereitung der Offensive durch Verwendung neuer furchtbarer artilleristischer Kampfmittel, indem er zu der Gewalt des Todes lähmende Überraschungen fügt und seine Reserven in völliger Beherrschung der Verbindungslinien rechtzeitig heranzieht, um im Vertrauen auf die Operationsfähigkeit von Führung und Unterführung und auf die Durchbildung der Truppen im Bewegungskrieg aufs Ganze zu gehen, so wird der Erfolg auf andere Weise bestimmt, als dies durch eine zahlenmäßige Erfassung und Vergleichung der in der Front stehenden Armeen möglich ist. Eines ist klar, die strategische Überlegenheit und die operative Freiheit sind in einem Maße auf Seiten der Zentralmächte, wie das seit den ersten Kriegstagen noch nicht der Fall war. Klar ist ferner, daß die Wiederaufnahme des Krieges im Westen in Gestalt eines entscheidend gedachten Zusammenstoßes ungeheure Opfer kosten würde. Wegen der Darbringung dieses Opfers sträubt sich jedes menschliche Gefühl, auch das politische Urteil wird die Opferung unersetzlicher Kräfte zaudernd ins Auge fassen. Es kommt daher alles darauf an, ob und wie die Front, die aus der Aufnahme des ganzen Feldzugs im Westen trennt, von allen Seiten benutzt wird, um zum allgemeinen Frieden zu gelangen.“

Ein Truppentransport versenkt.

Zunehmende U-Boot-Gefahr.

Amlich wird gemeldet: Neue U-Boots-Erfolge im östlichen Mittelmeer: Vier Dampfer und ein Segler mit rund 25000 Gr.-Reg.-T. Einem unserer U-Boote versenkte in Sicht der tripolitanischen Küste den voll besetzten bewaffneten italienischen Truppentransportdampfer „Regina Elena“ (7940 Gr.-Reg.-T.); Geschützfeuer vom Land vermochte nicht, das U-Boot an der planmäßigen Durchfuhrung seines Angriffs zu hindern. Auch die übrigen vernichteten Dampfer waren wegen ihrer Größe und Ladung besonders wertvolle Angriffsobjekte; sie befanden sich fast alle auf dem Wege nach dem Orient und fuhren sämtlich unter starker Bedeckung.

Unter ihnen konnte der bewaffnete tiefbeladene englische Transportdampfer „Spiraea“ (3620 Gr.-Reg.-T.) festgestellt werden, der in gut durchgeführtem Angriff aus einem stark gesicherten Geleitzug herausgeschossen wurde. Von den anderen beiden Dampfern war einer englischer Nationalität, bewaffnet und nach den Dolanbauten, zahlreichen Booten und Rettungsflößen zu urteilen, ein Truppentransporter, der andere ein großer Dampfer, anscheinend der R. u. D. — oder White Star-Linie mit Sprengstoffladung.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Die Unsicherheit der Schifffahrt im Mittelmeer infolge der Tätigkeit unserer U-Boote hat die Gegner zu immer neuen Schutzmaßnahmen veranlaßt. Die Fahrtrassen führen dicht unter der Küste. Der Verkehr auf ihnen spielt sich vorwiegend in der Dunkelheit ab, während bei Tage die Handelschiffe in den Häfen liegen. Diese Maßnahmen haben neben großem Zeitverlust auch eine Zunahme der Strandungen und Beschädigungen zur Folge. Unsere U-Boote kommen daher häufiger in den Bereich der Landbefestigungen, die deren Arbeit zu stören versuchen. Der obengemeldeten Batterie an der Küste von Tripolis ist es ebenso wenig gelungen, den Truppentransportdampfer zu retten, wie es der Batterie bei Cap San Vito auf Sizilien, deren Niederdrückung durch ein U-Boot kürzlich bekannt wurde, nicht gelang, einem U-Boote seine Beute zu entreißen.

Die U-Boote, der entscheidende Faktor.

Die englische Wochenchrift „Nation“ schreibt in ihrer letzten Nummer: Die Versenkungen großer Schiffe halten sich auf dem hohen Durchschnitt, der neuerdings zu bemerken ist, und passen schlecht zu den britischen und französischen Versicherungen, nach denen der uneingeschränkte U-Boot-Krieg ein Verstoß gegen das Völkerrecht sei. Die jüngere Schule der Admiralität behält, den U-Boot-Krieg auf viel beschwerendere Weise zurückzuführen zu können, und es wird interessant sein, zu beobachten, wie sie das anfangt; noch viel beruhigender aber wäre es, wenn man auch die Regierung die Bedeutung dieser Frage erfassen läße. Zurzeit scheint ihr der U-Boot-Krieg nur einer der „bestimmenden“ Faktoren zu sein; wir sind demgegenüber nach wie vor der Ansicht, daß er der Faktor der gänzen militärischen Lage überhaupt sei.

9 Millionen Tonnen versenkt.

Bde Lin, 21. Januar. W.T.B. (Antik.) Durch kriegsgerichtliche Maßnahmen der Mittelmächte sind im Monat Dezember 1917 insgesamt

702 000 Brutto-Registertonnen

des für unsere Feinde nutzbaren Handelschiffraumes vernichtet worden. Damit erhöhen sich die bisherigen Erfolge des uneingeschränkten U-Bootkrieges auf

8 958 000 Brutto-Registertonnen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Kaiser an Herrn v. Valentini.

Berlin, 19. Jan. Die heutige Ausgabe des Reichsanzeigers bringt die amtliche Nachricht über den Wechsel im Reichskabinett. Zugleich wird ein Handschreiben des Kaisers veröffentlicht, in welchem der Monarch Herrn v. Valentini für seine treuen Dienste mit großer Wärme dankt und ihm das Großkreuz des Ordens mit Schwertern am Ringe verleiht.

Graf v. Bodewitz beim Reichskanzler.

Berlin, 19. Jan. Graf v. Bodewitz, Mitglied des Reichstages, wurde vom Reichskanzler Dr. Grafen v. Hertling empfangen und hatte mit ihm eine Besprechung über seine Aufgaben in Ostpreußen.

+ Verschiedentlich sind schon Maßnahmen gegen Landankauf von Nichtlandwirten, die besonders von solchen Leuten gemacht werden, die größere Kriegsgewinne erworben haben, gefordert worden. Während bisher hier und da einzelne Generalkommandos eingegriffen, beschäftigt sich auf Anregung des Landtages die mecklenburgische Regierung mit der Prüfung gesetzgeberischer Maßnahmen. Es ist ferner angeregt worden, im Wege der Reichsgesetzgebung einen Teil des beim Spekulationen mit Kriegsgewinnen erzielten Gewinnes für die Reichskasse in Anspruch zu nehmen. Dabei würden sich indes mancherlei Schwierigkeiten ergeben, so daß mit einer reichsgesetzlichen Regelung der Frage wohl kaum gerechnet werden kann.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Auszeichnungen vor dem Feinde.

Ostfriesland, 22. Jan. Dem Kanonier Peter Herke von hier wurde wegen besonderer Tapferkeit in den Kämpfen bei Cambrai das „Eiserne Kreuz“ 2. Klasse verliehen.

* Mittelheim, 24. Januar. Mit dem „Eisernen Kreuz“ 2. Klasse wurde der Gefreite Hammer von hier wegen besonderer Tapferkeit ausgezeichnet.

Versammlung des Militärvereins.

* Eltville, 21. Jan. Der „Militärverein“ Eltville hielt am 13. Januar im Vereinslokal „Rheingauer Hof“ seine diesjährige Hauptversammlung ab. Wenn man berücksichtigt, daß der größte Teil der Mitglieder unter den Fahnen steht, muß der Besuch der Versammlung als außerordentlich gut bezeichnet werden. Der Vorsitzende Herr Waade erstattete eingehenden Bericht über die Tätigkeit und die Angelegenheiten des Vereins. Nachdem das Andenken der gefallenen und verstorbenen Mitglieder in gebührender Weise geehrt worden war, legte Herr A. Witterstein die Kassenverhältnisse des Vereins klar und erhielt mit herzlichem Danke für seine treue Tätigkeit die beantragte Entlastung. Den Berichten entnehmen wir kurz folgendes: Von den zum Heresdienste eingezogenen Mitgliedern erlitten 6 den Heldentod, weitere 3 Mitglieder starben an Krankheit. Die gegenwärtige Zahl der Mitglieder beträgt 125. — Auch im Jahre 1917 war es das eifrige Bestreben des Vereins, für bedürftige Angehörige der im Felde stehenden Kameraden nach besten Kräften zu sorgen. Dank der rastlosen Mithewaltung des Vorsitzenden, war es dem Verein möglich, bis jetzt über 3000 Mark an Unterstützungen auszugeben und außerdem noch 1500 Mark an Kriegsanleihe zu zeichnen: — gewiß eine edle und anerkennenswerte Betätigung des Vereins im Interesse des Vaterlandes. Die Feier des Geburtsfestes Sr. Majestät folgte auch diesmal der Zeit entsprechend in stiller Weise begangen werden. Bei dieser Gelegenheit wird die Ehrenurkunde für 25-jährige Mitgliedschaft an 3 Vereinsmitglieder verliehen.

Stadtverordnetenversammlung.

* Weissenheim, 21. Jan. In der hier abgehaltenen Stadtverordnetenversammlung wurden die Herren Dorich, Gust. Doelke, Messmer, Schlein, Schnorr, Weil in den Finanzausschuß, Del, Ehrhardt, Grandjean, Scherer, Waas in den Bauausschuß, Edel, Polischer, Messmer, Scherer, Weil in den Land- und Forstwirtschaftlichen Ausschuß, Grandjean, Rögler, Schnorr, Weil und Jöbus in die Vor- schlags- und Prüfungskommission gewählt.

An die Besucher Marienthals.

* Marienthal, 21. Jan. Vor einigen Tagen ging durch die Tagespresse die Mitteilung, daß durch ein über Marienthal niedergegangener Wolkenbruch die Klosterkirche darauf unter Wasser gesetzt worden sei, daß Gottesdienste nicht mehr hätten abgehalten werden können. Diese Nachricht war zum größten Teil irrig. Zwar hat das Wasser etwa einen Tag in der geringen Höhe von wenigen Centimetern in der Kirche gestanden, jedoch für diese kurze Zeit der Gottesdienst beeinträchtigt war; heute jedoch sind die Verhältnisse wieder wie früher geordnet. Diese Verhinderung dürfte allen Freunden des Wallfahrtsortes Marienthal eine freudige Erinnerung baldigen Wiederbesuches sein.

Futtermittelknappheit.

* Radesheim a. Rh., 21. Jan. Bei der gegenwärtig herrschenden Not an brauchbaren, insbesondere einweihaltigen Futtermitteln darf kein zu Futterzwecken direkt verwendbarer oder aber zur Herstellung von Futtermitteln geeigneter Stoff verloren gehen. Es ist daher zu begründen, daß der Kriegsausschuß für Futter, Berlin, die bisher zum großen Teil nach dem Abbrennen unbenutzte gelassene flüssige Obst- und Traubenweinschlempen zur Herstellung eines haltbaren Futters zu erfassen sucht, indem er bestimmte Brennereien verpflichtet hat, die bei ihnen sich ergebende gebrannte Hefe in gepreßtem Zustande an ihn abzuliefern. Nach Trocknung und Vermahlung wird die Hefe dann in

den Handel gebracht werden. Derart getrocknete Hefe dürfte zu den einweihaltigen Futtermitteln rechnen, die uns z. St. zur Verfügung stehen. Da frische Traubenweinschlempen sehr reich ist an Weizen und da die Brennereiverwaltung zur Herstellung von Erfrischungen für unsere Feldgrauen, sowie für wichtige technische Zwecke erheblichen Bedarf daran hat, hat der Kriegsausschuß nur Brennereien verpflichtet, die so eingerichtet sind, daß sie den Weizen gewinnen können. Viele Brennereien lassen mit der flüssigen abgebrannten Schlempen diesen wertvollen Stoff mit abfließen; die Allgemeinheit hat daher Interesse daran, daß möglichst sämtliche frische Hefe an die vom Kriegsausschuß verpflichteten Brennereien verkauft wird. Die in Frage kommenden Brennereien werden amtlich bekanntgemacht. Die Hefen sind vorläufig nicht beschlagnahmt, bestimmte Preise bestehen also nicht; die Festsetzung der Preise bleibt der freien Vereinbarung zwischen Käufer und Verkäufer überlassen. Es sei den Wiegern aber empfohlen, ihre Hefe bald abzugeben und daher nicht zu hohe Preisforderungen zu stellen, da verläutet, daß in Aussicht genommen ist, die Hefe unter Festsetzung bestimmter Höchstpreise zu beschlagnahmen. Abgesehen davon, daß es wohl im eigenen Interesse der Wiegern liegt, ihre Hefe vor Eintreten der Beschlagnahme zu verkaufen, dürfte schon der Gedanke, daß durch Beherrschung dieser Zeilen und die dadurch gesteigerte Erzeugung von Weizen unseren tapferen Feldgrauen in erheblichem Maße als bisher Erfrischungsmittel geboten werden können, unsere Wiegern veranlassen, möglichst bald die anfallenden Hefen den in Frage kommenden Brennereien zuzuführen. Des Dankes der Allgemeinheit dürfen sie dann versichert sein.

Abchlachtung und Ablieferung der Schweine.

* Radesheim a. Rh., 21. Jan. Biersch ist die Ansicht verbreitet, daß bei der bis zum 31. ds. Mts. vorzunehmenden Abchlachtung und Ablieferung aller Schweine, soweit sie nicht zur Hauschlachtung bis zum 31. Januar verwendet werden dürfen, ohne Ausnahme einbezogen seien und daß es nicht gestattet sei, jüngere Schweine zur Hauschlachtung für den nächsten Spätherbst zu halten. Demgegenüber können wir mitteilen, daß gänzlich die Absicht besteht, die Selbstversorgung mit Schweinen in der bisher herkömmlichen Weise einzuschränken. Von der bis zum 31. Januar durchzuführenden Abchlachtung oder Ablieferung werden nur alle über 30 Pfund schweren Schweine betroffen. Es ist dagegen gestattet, zum Zwecke der Hauschlachtung im Spätherbst leichtere Ferkel zu behalten und einzulegen.

Die Steuern nach dem Kriege.

In parlamentarischen Kreisen hat man, wie die „Tägl. Rundschau“ mitteilt, berechnet, daß nach dem Kriege die unmittelbaren Abgaben für Reich, Staat und Gemeinden zusammen 45 vom Hundert des Einkommens beanspruchen würden. Rechnet man dazu die Verteuerung durch die mittelbaren Abgaben, so erhält man ungefähr ein Bild, wie die allgemeine Lebenshaltung zurückgehen muß, wenn wir keine Kriegsschädigung erhalten.

Postschekverkehr.

* 97 Milliarden Postschekverkehr. Der Postschekverkehr im Reichs-Postgebiete hat sich 1917 recht erfreulich entwickelt. Die Zahl der Postschektransaktionen ist von 148 918 Ende 1916 auf 189 432 Ende 1917 gestiegen. Ihr Guthaben hat von 465 Millionen Mark Ende 1916 auf 728 Millionen Mark Ende 1917, also um rund 260 Millionen Mark zugenommen. Der Gesamtumsatz betrug 97 148 Milliarden Mark, das sind gegen das Vorjahr 33 664 Milliarden Mark mehr. Bargeldlos wurden 72 318 Milliarden Mark beglichen.

Erhöhung der Unfallrenten.

* Der Bundesrat hat eine Erhöhung der Renten aus der Unfallversicherung beschlossen. Die Empfänger von Verletzten-Renten aus der Unfallversicherung können danach eine monatliche Zulage von 8 Mark zu ihrer Rente beantragen, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind: 1. Die Rente, die der Verletzte gegenwärtig bezieht, muß mindestens eine solche von zwei Dritteln der Vollrente sein; 2. der Verletzte muß sich im Inland aufhalten; 3. es dürfen nicht Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Zulage nicht benötigt wird.

Familien-Unterstützungen.

* Familienunterstützungen für kriegsgetraute Ehefrauen, die unmittelbar nach der Eheschließung unterstützungsbedürftig werden, sind nach einem neueren Erlass des preussischen Ministers des Innern von demjenigen Lieferungsverband zu zahlen, in dem die Ehefrau vor der Eheschließung ihren gewöhnlichen Aufenthalt gehabt hat. Ist die Unterstützungsbedürftigkeit kriegsgetrauter Ehefrauen erst geraume Zeit nach der Eheschließung eingetreten, so richtet sich die Zuständigkeit der Lieferungsverbände nach dem derzeitigen gewöhnlichen Aufenthaltsort der Frauen. Vorbehaltlich Kindern oder Kindern erster Ehe, die von kriegsgetrauten Ehefrauen mit in die Ehe gebracht worden, soll in Gemeinschaft mit der Mutter Familienunterstützung gewährt werden, auch wenn der Ehemann bisher für diese Kinder nicht gesorgt hat. In diesen Fällen kann ohne besondere Feststellung angenommen werden, daß der Ehemann in Zukunft für sie sorgen will, und daß das Unterstützungsbedürfnis mit der Eheschließung und erst nach seinem Dienstaustritt hervorgetreten ist. Haben die Kinder infolgedessen schon vorher Familienunterstützung erhalten oder die rechtliche Stellung ehelicher Kinder nicht erlangt, so ist eine Familienunterstützung nicht anzunehmen, vielmehr ist der bisher verpflichtete Lieferungsverband auch fernerhin für die Zahlung der Familienunterstützung an sie zuständig, selbst wenn die Kinder sich jetzt im Haushalt der Mutter befinden.

Stilllegung von Betrieben.

* Über die Stilllegung der Betriebe wurde im Ausschuß des Reichstages für Handel und Gewerbe die Aussprache geschlossen. Die Parteien einigten sich auf einen gemeinsamen Antrag, der den Reichskanzler ersucht, daß Still- und Zusammenlegungen nur bei dringender Kriegsnotwendigkeit und nur vom Reichswirtschaftsamt nach Anhörung der Landeszentralbehörden verfügt werden, wobei keine Benachteiligung von Kleinbetrieben gegenüber Großbetrieben stattfinden soll. Für die Übergangszeit sollen Maßnahmen getroffen werden, um den im Kriege stillgelegten Betrieben möglichst bald wieder aufzuhelfen, namentlich durch gleichmäßige Zuteilung von Rohstoffen und Betriebsmaterialien.

Zulagen an Rentenempfänger.

* Die Zulagen an Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Witwerrente. Der wesentliche Inhalt der Verordnung bestimmt: Wer aus der Arbeiterversicherung eine Invalidenrente oder eine Kranterente bezieht, also auf der Post eine Rentenguttung mit dem Buchstaben I (hellgrünes Papier) oder K (hellgelbes Papier) vorzeigen muß, erhält vom 1. Februar 1918 ab monatlich acht Mark Zulage. Personen, welche eine Witwen- oder Witwerrente erhalten, die beim Empfang ihrer Rente also eine Quittung mit dem Buchstaben W (dunkelgelbes Papier) oder WK (grünes Papier) vorweisen müssen, erhalten ebenfalls vom 1. Februar 1918 ab eine monatliche Zulage von vier Mark. Empfänger von Alters- und Altersrenten erhalten keine Zulage. Die Zulage wird ohne besondere Anweisung der Landesversicherungsanstalt oder der Kasse, von der er seine Rente bezieht, durch die Post ausbezahlt. Der Empfänger muß sich nur rechtzeitig eine besondere Quittung besorgen, die er bei der Stelle, die ihm die Bescheinigungen auf der Rentenguttung erteilt, erhalten kann. Auch die Postanstellung wird Quittungsmuster bereithalten. Vorläufig ist die Zahlung von Zulagen nur für die elf Monate des Jahres 1918 (vom 1. Februar bis 31. Dezember) in Aussicht genommen, doch ist zu erwarten, daß den Empfängern von Invaliden-, Witwen- oder Witwerrenten auch nach dem 31. Dezember 1918 Zulagen zu ihren Renten, vielleicht in etwas geringerer Höhe, von den gesetzgebenden Körperschaften bereitgestellt werden. Für die Empfänger einer Unfallrente, deren Erwerbsfähigkeit in gleicher Weise wie die der Invalidenrentenempfänger beschränkt ist, wird demnächst eine ähnliche erweiterte Fürsorge getroffen werden.

Welche Steuern muß ich während der Dienstzeit zahlen?

* Einspruch der Kriegsteilnehmer gegen Steueranforderungen. Bei solchen Kriegsteilnehmern, die auch während des Krieges zu Steuerleistungen herangezogen werden, mögen die Angehörigen, denen die Veranlagung zugestellt wird, dafür Sorge tragen, daß die Steuerbehörde von der Kriegsteilnehmerhaft des Steuerzahlers unterrichtet wird. Biersch weiß die Steuerbehörde ja nichts davon, und so kann es kommen, daß irrtümlich Militäreinkommen oder steuerfreies Soldateinkommen zur Veranlagung herangezogen wird. Die Lasten der Kriegsteilnehmerhaft hat, neben der Steuererleichterung, auch in der Regel Einfluß auf die Frist für etwaige Einsprüche und Verurteilungen gegen die Veranlagung. Während nämlich in Preußen, Oldenburg, Sachsen-Weimar, Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha (hier für Einkommen über 2000 Mark), Sachsen-Meiningen, Lippe-Deimold, Schaumburg-Lippe, Schwarzburg-Sondershausen und Lübeck die Frist für die Einlegung eines Einspruchs vier Wochen, in Mecklenburg einen Monat, im Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha für Einkommen unter 2000 Mark zwei Wochen, in Sachsen-Meiningen allgemein 14 Tage, im Königreich Sachsen drei Wochen nach Zustellung der Veranlagung beträgt, in Preußen innerhalb der beiden ersten Monate des Steuerjahres (April-Mai) Berufung erfolgen kann, und in Mecklenburg die Frist jeweils bis zum 15. Juni läuft, braucht während des Krieges die gesetzliche Frist für die Einlegung des Einspruchs nicht wahrgenommen zu werden, so daß die Möglichkeit gewahrt bleibt, die Veranlagung auch später, d. h. nach Beendigung der Kriegsteilnehmerhaft bzw. des Krieges, anzufechten. Das Gleiche gilt für Mecklenburg für Angehörige mobiler Truppenteile. In Bayern ist für Kriegsteilnehmer die Frist für Einlegung einer Berufung oder eines Einspruchs auf sechs Monate nach Beendigung der Kriegsteilnehmerhaft verlängert. In Württemberg, wo die Wehrdienstfrist zwei Wochen beträgt, sind zwar Ausnahmen für die Kriegsteilnehmer nicht gemacht, doch werden Umstände, die vom königlichen Steuerkollegium, Abteilung für direkte Steuern, aus Billigkeitsgründen in weitgehendem Maße berücksichtigt. Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß nach reichsgesetzlicher Bestimmung die Zwangsvollstreckung gegen Kriegsteilnehmer teils ganz unzulässig ist, teils gewissen Beschränkungen unterliegt.

Ein Waldmannsheil!

* Rennerod, 21. Jan. Herr Amtsgerichtsdirektor Alkenborn erlegte heute einen Reiter im Gewicht von 2 Zentnern. Leider treten die Vorstentiere auch jetzt im Kreise Welterburg an verschiedenen Orten auf. Seit Menschengedenken waren seither hier keine Wildschweine. Hoffentlich gelingt es unseren Jägern, dieselben bald zu vertilgen, damit sie keinen weiteren Schaden anrichten.

Vorsicht in der Eisenbahn.

* Dillenburg, 21. Jan. Während der Fahrt sprang in dem nach Siegen fahrenden Zuge eine Alceitür auf, wobei der 24jährige Sohn des Lokomotivführers Hagitz aus Siegen herausfiel. Die Mutter sprang dem Kinde nach. Beide gerieten unter die Räder. Dem Kinde wurde ein Arm abgefahren, die Mutter trug lebensgefährliche Verletzungen am Kopfe davon.

Zu dem Eisenbahnunglück bei Kirn.

* Saarbrücken, 21. Jan. Die Aufräumarbeiten an der Eisenbahn-Unfallstelle ergaben, daß die Zahl der Opfer glücklicherweise nicht so groß ist wie ursprünglich befürchtet wurde. Bis jetzt sind 23 Leichen geborgen, darunter 11 Soldaten. Vermißt werden bis jetzt noch 10 Personen. Ferner sind 19 schwer und 10 leicht Verletzte in einem Lazarett in Kreuznach in Behandlung.

* Bingerbrück, 21. Jan. Bei dem Zugunglück bei Kirn an der Nahe ist aus dem nahegelegenen Ort Münster die Frau des Wäckermeisters Sch. Schork ums Leben gekommen. Sie kam gerade von dem Besuch ihres einzigen Sohnes, der in Ottweiler in Garnison liegt, zurück und benutzte dabei den betr. Umlaufzug. Der Mann befindet sich schon seit mehreren Jahren im Felde.

Schwere Eisenbahnunglücke.

* Osnabrück, 21. Jan. Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich am Mittwoch bei Osnabrück zwischen Bohnthede und Osterkappeln (Strecke Hamburg-Cöln) zugegetragen. Der D-Zug 92, welcher Hamburg um 11 Uhr abends verläßt, ist gegen 3 Uhr nachts auf dem freien Strecken haltenden vollbesetzten Umlaufzug 28 mit voller Wucht aufgefahren. Die Zahl der Toten beträgt einschließlich eines Schwerverletzten, der in Osnabrück noch verstorben ist, 33, die Zahl der Schwer- und Leichtverletzten 60. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht festgestellt, dürfte aber in der durch das Schneewetter hervorgerufenen Unsicherheit zu suchen sein. Zu allem Unglück fuhr noch ein Güterzug in den Chaos hinein. Die Verunglückten sind sämtlich Soldaten, die auf der Fahrt nach der Front begriffen waren.

○ **Schweizer Eisenbahnunglück in Ostpreußen.** Zwischen Bamletten und Argentinien (Ostpreußen), dicht bei letzterem Bahnhof, stieß ein nach Riga fahrender Urlauberszug mit einem nach Insterburg fahrenden Personenzug zusammen. Es sind bisher 25 Tote festgestellt und 50 Verletzte geborgen. Der Materialschaden ist bedeutend.

Wirkung der Waffenstillstandsverhandlungen auf die Preisbewegung.

! Die Waffenstillstandsverhandlungen in Brest-Litowsk sind — so schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“ — nicht ohne Einfluß auf die Preisbewegung gewisser Waren geblieben. So steht jetzt fest, daß am Pelzwarenmarkt ein Preisdruck hervorgerufen wurde, und daß gleichzeitig die Kauflust aus sehr begreiflichen Gründen stark nachgelassen hat. Nun aber wird aus Posen berichtet, daß dort unter dem Einfluß der politischen Vorgänge ein Preissturz am Spiritusmarkt sich bemerkbar gemacht hat. Der Preis für Spiritus sank von 80 bis 81 Mk auf 60 bis 65 Mk. Gleichzeitig erfuhr der Preis für Cognac einen Preisrückgang von 34 auf 28 Mk.

Verantwortlich: Adam Etienne, Destrach.

Bekanntmachung.

S. R. B. 5 — 55 —

In unser Handelsregister ist heute bei der Firma **Gebrüder Höhl & Co. m. b. H.** in Seifenheim am Rhein folgendes eingetragen worden:

Die Procura des Kaufmanns **Adolf Heinrich in Seifenheim a. Rh.** ist erloschen. Die Vertretungsbefugnis des **Adolf Höhl, Bernhard Adolf Höhl, Gustav Höhl und Karl Höhl**, sämtlich zu Seifenheim am Rhein, ist beendet. Zum Geschäftsführer ist neu bestellt **Albert Sturm zu Wiesbaden**. Dieser hat die Befugnis Willenserklärungen und Zeichnungen für die Gesellschaft ohne Mitwirkung eines anderen Geschäftsführers oder Prokuristen vorzunehmen.

Seifenheim a. Rh., 12. Januar 1918.

Königliches Amtsgericht.

Aufgebot.

R. 4/17 — 3 —

Die Aktiengesellschaft: **Chemische Werke Brochues A. G.** (vormals Vereinigte Schwarzfarb- & Chem. Werke A. G.) zu Niederwalluf, hat das Aufgebot des verloren gegangenen Hypothekenbriefes vom 16. Juli 1910 über die im Grundbuch von Oberwalluf Band 7 Blatt 196 Abteilung 3 Nr. 6 für den Rentner **Louis Schramm in Wiesbaden, Wielandstraße 5** eingetragene mit 5 Prozent verzinsliche Pfandbriefhypothek von 8000 — sechstausend — Mark beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den **16. Mai 1918, vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Pfandbriefurkunde erloschen wird.

Eltville, den 19. Januar 1918.

Königliches Amtsgericht.

Konkursverfahren.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Rheinischen Motorboot- und Yachtwerft G. m. b. H.** „Prinz Heinrich“ zu Niederwalluf ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen — und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke — sowie zur Anhörung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses — der Schlussstermin auf den **15. Februar 1918, vormittags 11 Uhr** vor dem Königlichen Amtsgerichte hier selbst bestimmt.

Eltville, den 10. Januar 1918.

Königliches Amtsgericht.

Naturwein-Versteigerung

zu Hallgarten im Rheingau.

Mittwoch, den 23. Januar 1918, nachmittags 1 Uhr, versteigern die Unterzeichneten im „Wasthaus zum Taunus“ die erste Hälfte ihrer

1917er Weinkreszenz,

bestehend aus ca. 50 Nummern

Hallgartener Naturweine.

Probierlag am 15. Jan. sowie am Tage der Versteigerung.

Wir laden zu dieser Versteigerung die geehrte Nachwelt mit dem Hinweis hierdurch höflichst ein, daß die Weine den besten Vagen der Gemarkung entstammen und **vornehmlich Rieslinggewächse** sind.

Der Vorstand der Vereinigten Weingutsbesitzer E. G. m. b. H.

Schüler, deren Versegung gefährdet

ist, sollten jetzt sofort bei uns angemeldet werden, da sie sonst ein volles Jahr verlieren. Wir besetzen durch individuellen Unterricht in kleinen Klassen die vorhandenen Plätze und bringen die Schüler bis zur Ein- u. zur Abit.-Prüfung vorwärts. — 25 Lehrkräfte. — Hervorragende Erfolge: Es bestanden in Jahresfrist 44 Schüler die Prüf. für Prima, Sekunda usw.; 22 für das Einj., 6 für das Kadettenkorps, 5 für Fähnrichreise und 5 für Abitur, insges. 82. — Anerkennungen aus ersten Kreisen. — **Vorzügliche Versegung der Schüler.** — Prop. nach Vorlage des letzten Zeugn. I. Reform-Institut, Kohl a. Rh.

Dankagung.

Für alle, anlässlich unserer

Silbernen Hochzeitsfeier

aus Freundes- und Bekanntenkreisen, dem Aufsichts- und Beamtenpersonal, den Arbeitern und Arbeiterinnen der Chem. Fabrik Goldberg Geromont u. Comp. in Winkel, eingegangenen zahlreichen Gratulationen und Geschenken sprechen wir auf diesem Wege unseren aufrichtigen innigen Dank aus.

Winkel, den 21. Januar 1918.

Oberaufseher **Adam Kaufmann u. Frau**
Antonie, geb. Albert.

Auskünfte

ohne Entnahme von Antragsheften.

Umfangreiche

Sammelberichte

Auskunftsstelle des

Kartells der Auskunftsvereine Bürgel

Singen am Rhein.

Schloßbergstr. 27.

§. 208.

Ein Rind

(Schef), steht zu verkaufen.

Taunusstr. 3, Destrach.

Arbeiter u. Arbeiterinnen

nimmt ständig an
Chemische Fabrik, Winkel.

Leipziger Pelze

Brachyvolle Alaska- u. Blausuchs-Garnituren, auch einzelne Kragen und Mäffe billig zu verkaufen bei

A. Pielsch, Frankfurt a. M.,
Braunheimerstraße 21, part.

Katholischer Jünglingsverein, Winkel am Rhein.

Programm

zur

THEATERAUFFÜHRUNG

am Sonntag, den 27. Januar 1918 im Saalbau „Rosée“.

Der Kinderkreuzzug.

Schauspiel in 5 Akten aus dem 13. Jahrhundert von H. Houben.

Personen

Othomar, Ritter von Arlemont.

Heribert, 17 Jahre alt, seine Söhne.

Klemens, 15 Jahre alt,

Raimund, Ritter von Arlemont, sein Bruder.

Gregor von Delfort,

Fabian, der Lektor,

Teophil, der Wollenschmied,

Viktor,

Marzell,

Romuald,

Der Mönch vom Berge.

Alard, der fremde Jüngling und Kreuzzugsprediger.

Knaben und Jünglinge als Kreuzfahrer, Bürger (Erwachsene und Kinder) von Epinal, Genueser Seeleute, zwei Sklaven.

Ort der Handlung: Im ersten Aufzug: Strasse und Park in Epinal im alten Herzogtum Lothringen; im zweiten: Alpenlandschaft; im dritten: Freier Platz am Seehafen von Genua; im vierten: Palast Saladin-Aldals bei Alexandria in Aegypten; im fünften wie im ersten Aufzug. — Zeit: das Jahr 1212.

Kassenöffnung 7 Uhr.

Anfang punkt 8 Uhr.

Preise der Plätze: Reservierter Platz Mk. 1.50, 1. Platz Mk. 1.00, 2. Platz Mk. 0.80.

Nachmittags 3 Uhr Kindervorstellung.

Eintrittspreise: 1. Platz 30 Pfg. 2. Platz 15 Pfg.

Zu recht zahlreichem Besuche ladet ergebenst ein

Der Vorstand.

Die Damen werden höf. gebeten, ohne Hüte erscheinen zu wollen. — Man bittet, das Rauchen zu unterlassen.



Todes-Anzeige.

Tieferschüttet machen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, dass es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, meinen innigstgeliebten herzensguten Gatten, meiner Kinder treusorgenden Vater, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel

Herrn Joh. Bapt. Basting

heute morgen 6¼ Uhr, nach langem mit grosser Geduld ertragenem Leiden, wohlversehen mit den hl. Sterbesakramenten, im 53. Lebensjahre, zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

In tiefem Schmerz

Die trauernden Hinterbliebenen:

Frau Joh. Bapt. Basting u. Kinder.

WINKEL, den 21. Januar 1918.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 24. Januar, nachmittags 3¼ Uhr, statt, das Seelenamt am Freitag morgen 7¼ Uhr.

Jüngere saubere

Mädchen

für Küche und Hausarbeit gesucht.

Vereinslazarett
Hotel Steinheimer,
Destrach.

Besseres Mädchen

welches nähen, bügeln und servieren kann als

erstes Hausmädchen

zum 1. Februar gesucht.

Frau Fabrikbes. **H. Krayer,**
Winkel Rhg., „Haus Gutenberg.“

Waschmaschinen,

Futterschneidmaschinen,

Dickwarzmühlen,

empfehlen

Moritz Straub,

Eisenwarenhandlung,

Seifenheim.

Pfähle, sowie Weinbergs-

stüchel, tyansifizierte und im-

prägnierte 1,50 m, 1,75 m,

2 m lange Baumstüben,

tyansifizierte und imprägnierte;

große Auswahl tyansifizierte und

imprägnierte **Pföcke,** von

1,50 — 3 m und höher, von

30pf 5—12, zu haben bei

Gregor Dillmann,

Seifenheim am Rhein.

Birke 15 Zentner

Dickwurz

hat abzugeben

Adam Wagner, Erbach a. Rh.,

Frankenstr. Nr. 9.

Abreisskalender

wieder vorrätig

Buchdruckerei des

„Rheingauer Bürgerfreund“.

Eine gespielte

Geige

zu verkaufen. Näheres durch

Heinrich Rupp, N.-Walluf.